

Nein zur 1:12-Initiative

Es gilt das gesprochene Wort.

Referat von Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH)

- In der Ausgangslage sind wir uns alle einig: Die Vergütungsexzesse in den Chefetagen sind unschweizerisch, tangieren unser Gerechtigkeitsempfinden und sind Gift für den sozialen Frieden. Mit einem verfassungsmässigen Sperrriegel in der Lohnschere - das will die VI - könnte gegen gewisse vom Volk zu Recht als unverschämt empfundene Managerlöhne vorgegangen werden.
- Was wollen wir in dieser Abzockerdiskussion erreichen? Wir sind keine Neider, wenn wir die Millionen nicht bei den Managern wollen, wir wollen sie umverteilen.
- Was wir wollen ist mehr Gerechtigkeit, tiefere Spitzenlöhne, höhere Tiefstlöhne, Anteil haben an Gewinnen, geringere Einkommensunterschiede, keine prekären Arbeitsverhältnisse mehr, Arbeit für alle und besseren sozialen Ausgleich.
- Die Frage ist jetzt, ob diese VI dazu führt.
- Die VI der JUSO verlangt, dass der höchste Lohn innerhalb einer Firma maximal 12 Mal so hoch sein wie der niedrigste. Und diese Vorschrift soll man in die Bundesverfassung schreiben.
- Das klingt gut, endlich die Spitzenmanager loswerden, die schamlos und exorbitant die Gewinne der Firma für sich beanspruchen. Zwar werden sie schon mit der Umsetzung der Minderinitiative über die Rechte der Aktionäre in die Schranken gewiesen, aber wer weiss was diese Shareholders beschliessen, ihnen geht es am Schluss mehr um ihre Dividende als um Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit, ein christlicher Begriff

- Die Initianten „schaffen gerechte Löhne“. Gut ist, wenn jemand für alle andern weiss, was „gerecht“ ist. Ist 1:12 gerecht, warum nicht 1:20, oder doch 1:3?
- Der Titel suggeriert eine Gerechtigkeit, die gar niemand definieren kann, und diese wollen sie so in die BV schreiben. Ich finde diese Festlegung hoch ideologisch und überheblich.
- In der Bibel gibt es bezeichnenderweise keine Rezepte, was Gerechtigkeit ist, sondern Gleichnisse zum nachdenken wie das von den anvertrauten Talenten. Gottes Gerechtigkeit ist eine andere.
- Wie soll nun die Gerechtigkeit geschaffen werden?

Risiko 1: Lohndiktat vom Staat

- Bisher ist die Festsetzung der Löhne Sache der Unternehmen und nicht Aufgabe des Staates. Dieses Grundprinzip wollen die Jungsozialisten über Bord werfen. Künftig soll der Staat in den Unternehmen die Löhne steuern, und er müsste das dann auch überwachen und kontrollieren, denn der Schlupflöcher sind viele,
- das halte ich für einen unklugen Systemwechsel. Die Schweiz hat immerhin mit moderaten Regulierungen in einem liberalen Wirtschaftssystem viel erreicht, das uns international auszeichnet: tiefste Arbeitslosigkeit, auch der Jugend, höchste Tiefstlöhne, vergleichsweise geringe Staatsverschuldung.
- Auch wenn ich nicht mit der 100-jährigen Erfolgsgeschichte Schweiz argumentieren will wie der Gewerbeverband und „Succès-Suisse“, aber diese Errungenschaft einer sozialistischen Ideologie zu opfern bin ich nicht bereit. Ich traue ihr nicht, und die Geschichte zeigt, dass solche staatlich verordneten Modelle die Wirtschaft lähmen und letzten Endes gerade die tiefen Einkommen mit Steuern mehr belastet.

Risiko2: Gefährdung von Arbeitsplätzen, vor allem weniger qualifizierte werden ausgelagert

- Dass ganze Firmen abwandern befürchte ich nicht, aber die Initiative könnte in der Realität dazu führen, dass Unternehmen vermehrt Stellen im Tieflohnbereich auslagern oder wegrationalisieren, um das starre staatliche Lohndiktat zu erfüllen. Das erhöht den Druck auf die tiefen Löhne.
- Und wenn die Initianten schreiben, die Auslagerungen ins Ausland zu diesem Zweck müssten strafbar gemacht werden, ist das nur noch ein romantischer Wunsch.
- Ein Blick ins Ausland genügt, um die negativen Folgen von übertriebenen staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu sehen: die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Löhne sind tief, eine Sparrunde jagt die nächste und die Wirtschaft schrumpft. Ganz Europa beneidet die Schweiz um die rekordtiefe Arbeitslosigkeit, die guten Löhne und unsere konkurrenzfähigen Firmen. Diese Errungenschaften aufs Spiel zu setzen, ist nicht folgenlos.

Risiko 3: Legale Umgehungen und Schlupflöcher verhindern keine Lohnexzesse

- Die Ziele der Initiative werden verpasst wegen vielfältiger legaler Umgehung. Vasella schürte vor ein paar Wochen zum wiederholten Male die Empörung über die Vergütungsmentalität in den Chefetagen. Er zeigte aber vor allem eines:
- die JUSO-Initiative kann die Grossverdiener nicht stoppen. Sie können sich z.B. als Berater mandatieren lassen. Damit fallen sie nicht in eine verordnete Lohnspannbreite, die – theoretisch – zur Folge hat, dass Chefs kaum mehr als 500'000 Fr. verdienen dürfen.
- Manager könnten durch Einzahlung in Vorsorgeeinrichtung den AHV-Beitrag umgehen. Oder Arbeit übers Ausland abrechnen, wo sie in der Regel einen schönen Teil ihrer Arbeitszeit verbringen –und wo andere Arbeitsbestimmungen gelten. Und das sind erst die völlig legalen Umgehungsmöglichkeiten.

Risiko 4 : teurer aber wirkungsloser Verwaltungsapparat

- Steht der Lohndeckel in der BV, ist es Aufgabe des Staates, das zu kontrollieren und zu gewährleisten, dass nicht illegale Schlupflöcher genutzt werden. Der Überwachungsapparat soll die Löhne steuern.
- Eine entsprechende Struktur müsste dazu aufgebaut werden. Dazu sagt die JUSO lapidar: die Unternehmen können z.B. verpflichtet werden, die Löhne mit der Steuererklärung, dem Jahresbericht oder der Buchprüfung offen zu legen. So müsste auch keine neue Behörde geschaffen werden.
- Das ist lächerlich und naiv. Wer nur ein klein wenig Einblick hat in solche Dokumente weiss, dass hier vieles versteckt werden kann und die Fehler da sicher nicht gefunden würden.
- Ich befürchte, dass diese Verwaltung wie die Bekämpfung der Schwarzarbeit zu teuren, wenig ergiebigen Aufsichtsmaßnahmen und Leerläufen führt, die gemessen am Ergebnis viel zu kostenintensiv sind, und die der Steuerzahler bezahlen muss.
- Da fragt es sich dann schon, ob die VI nicht blauäugig und romantisch eine neue Verteilungsgerechtigkeit fordert und dabei den Verwaltungsapparat kräftig aufbläht. Eine Lohnpolizei schafft keine Gerechtigkeit und ist nicht die Lösung.

Zuletzt noch dieses mir persönlich wichtigste Argument gegen diesen Systemwechsel dieser VI: die Alimentierung unserer Sozialwerke.

Risiko 5: Höhere Steuern und fehlende AHV-Beiträge

- Wieviel AHV-Beiträge gehen verloren, wenn die Löhne quasi bei 500'000 gedeckelt werden? Welche Folgen hat die 1:12 Initiative für AHV,IV, Suva und EO? Von einer Lohnsenkung wären ca 12'000 Hochverdiener betroffen.
- Sie hätte erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge. Die JUSO-Vorlage könnte Bersets Pläne bei der Altersvorsorge über den Haufen werfen.
- Zwar haben wir erfolgreich die Erbschaftssteuerinitiative eingereicht, aber auch bei optimistischen Hoch-Rechnungen reicht das nie aus, um die Lücke zu füllen, in die wir mit der Hochaltrigkeit geraten.
- Unser Sozialstaat ist auf die hohen Einkommen angewiesen. Über die Sozialversicherungen und die Steuern werden jährlich Milliarden von Franken von den besser Verdienenden zu den weniger gut Verdienenden umverteilt. Werden die hohen Löhne gedeckelt, führt dies automatisch zu massiven Ausfällen bei den Sozialversicherungen.
- Dasselbe bei den Steuern. Die zehn Prozent höchstten Einkommen bezahlen heute rund 75% der direkten Bundessteuern. Die entstehenden Lücken müssen wir alle wieder mit mehr Steuern und Abgaben füllen.
- Und damit komme ich zu meiner Schlussbetrachtung: In meiner Zeit als Vorsteherin eines Sozialdepartementes habe ich gelernt, dass ich nur das Budget von gegen 300 Mio bekomme für die Leistungen im Sozialbereich, wenn ich auch ja sage zu den Forderungen unserer Unternehmen für möglichst offene Rahmenbedingungen.
- Nur wenn die Unternehmen erfolgreich sind und investieren können, schaffen sie Arbeitsplätze in der Schweiz, entrichten Steuern und Abgaben. Und damit finanzieren wir unsere Sozialwerke.
- Das ist der Zusammenhang, die Mittelpolitik, und die Abwägung, was diesem Gleichgewicht dient, muss man immer wieder neu vornehmen. Bei dieser Vorlage geht es auch genau darum, wie mehr gerechtes Wirtschaften zu erreichen, ob auf dem Weg der staatlichen Steuerung oder zusammen

mit den Unternehmern, die ja nicht alle Abzocker sind.

Ich fasse nochmals zusammen:

- Ein Lohndiktat des Staates entspricht einem ideologischen Systemwechsel, der sich in der Geschichte nie bewährt hat, also nein!
- Lohnexzesse werden nicht gestoppt wegen Umgehungen und Schlupflöchern, also Ziel verfehlt!
- Tieflohne werden nicht angehoben, sondern Arbeitsplätze gefährdet, also nicht mehr Gerechtigkeit!
- Ausfallende Beiträge an Sozialwerke und Steuern belasten neu die Wenigverdiener, also nein!
- Staatliche Lohnpolizei für Kontrolle der vorgeschriebenen Lohnschere wird teuer, Kontrollierbarkeit schlecht, also nein!

Fazit: Die VI stoppt keine Lohnexzesse, noch weniger werden die tiefen Einkommen davon profitieren. Ich komme zum Schluss, dass sie ihr Ziel nicht erreicht, sondern im Gegenteil Risiken birgt, die für Wirtschaft und Sozialstaat erheblich sind, und die ich für unseren Arbeits- und Lebensstandort Schweiz nicht eingehen will. Der NR hat die VI mit 130 : 56 Stimmen klar abgelehnt, ich empfehle Ihnen dasselbe.